



Argumentationslinie der Präsidenten

des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V.,

Peter Hübner,

und

des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes e.V.,

Reinhard Quast,

zur gemeinsamen Jahresabschluss-Pressekonferenz

am 17. Dezember 2020 (digital)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sendesperrfrist: 17. Dezember 2020, 11 Uhr

Am Ende eines ereignisreichen Jahres, das vor allem durch die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen geprägt war, können wir heute aus Sicht der Bauwirtschaft ein Fazit ziehen: Wir haben die Herausforderungen durch die Corona-Krise gut gemeistert. Das ist nicht zuletzt den großen Anstrengungen unserer Firmen und Mitarbeiter geschuldet. Wir haben im Frühjahr sehr schnell Maßnahmen zur Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen getroffen. Im Einvernehmen mit den Tarifvertragspartnern, der Bau-Berufsgenossenschaft und der Bundesregierung wurde erreicht, dass der Baustellenbetrieb aufrechterhalten werden konnte.

Die gesamtwirtschaftlichen Zahlen belegen dieses eindrucksvoll. Während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in den ersten drei Quartalen preisbereinigt um 5,8 % zurückging, legte sie im Baugewerbe real um 2,0 % zu. Die Effekte zeigten sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen sank von Januar bis September gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8 %. Im Baugewerbe war dagegen im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 1 % zu verzeichnen. Kurz gesagt: Die Bauwirtschaft hat – wie bereits in den Vorjahren – auch 2020 die Gesamtkonjunktur gestützt.

Anders als noch bei den beiden Konjunkturpaketen der Jahre 2008 und 2009 steht die Bauwirtschaft bei den aktuellen staatlichen Hilfsmaßnahmen nicht im Fokus. Wichtig war für uns, dass die Investitionsfähigkeit der Kommunen, ein für die Bauwirtschaft eminent wichtiger Auftraggeber, erhalten geblieben ist. Daher bewerten wir die Zusage des Bundes und der Länder, den Kommunen die im Jahre 2020 ausfallenden Gewerbesteuererinnahmen jeweils hälftig zu ersetzen, als wichtiges Signal. In der Praxis zeigte sich, dass dadurch im laufenden Jahr der Einbruch bei den kommunalen Baumaßnahmen erfolgreich abgewendet werden konnte.

Aber natürlich ist nicht alles Gold, was glänzt. In Zeiten von Corona ist der Wettbewerb auch am Bau wieder härter geworden. So hat sich die Zahl der Bewerber bei Bauprojekten deutlich erhöht. Dadurch sind die am Markt erzielbaren Preise unter Druck geraten, der Preisanstieg ist im Jahresverlauf deutlich zurückgegangen. Gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Kosten durch die Corona-bedingten Hygienemaßnahmen auf den Baustellen drückt dieses natürlich die Gewinnmargen der Baufirmen noch einmal.

Wenn auch der Blick zurück auf das Baujahr 2020 noch positiv ausfällt, das Baujahr 2021 wird nicht so erfolgreich laufen. Dies spiegelt sich auch in der Stimmungslage der Baufirmen wider. Deren Geschäftserwartungen für 2021 liegen derzeit im negativen Bereich, die Firmen stellen sich auf ein härteres Baujahr 2021 ein.

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau wird am besten durch die Corona-Krise kommen. Die Baugenehmigungen nach veranschlagten Baukosten haben in den ersten drei Quartalen 2020 nominal um 7,3 % zugelegt. Entsprechend lief der Auftragseingang. Zwar gab es im April und Mai einen kurzen Einbruch der Ordertätigkeit, dieser dürfte aber auf die Corona-bedingte Unsicherheit und den Lockdown zurückzuführen sein. Seitdem nehmen die Auftragseingänge wieder deutlich zu, im August und September mit zweistelligen Wachstumsraten. In den ersten drei Quartalen war ein nominaler Auftragszuwachs im Wohnungsbau von 5,7 % zu verzeichnen, der Auftragsbestand per Ende September lag um den gleichen Wert über dem Vorjahresniveau.

Der Druck auf die Wohnungsmärkte in den Ballungsgebieten und ihrem Umland hat sich nicht abgeschwächt. Die Zahl der Neubauwohnungen im Geschosswohnungsbau legte von Januar bis September um 4,9 % zu. Im klassischen Eigenheimbau, also bei Ein- und Zweifamilienhäusern, war das Genehmigungsplus mit 3,5 % nur geringfügig niedriger. Offensichtlich wirkten sich mögliche Arbeitsplatzunsicherheiten aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung nicht nachhaltig negativ auf die Nachfrage nach Wohneigentum aus. Eher scheint die eigene Immobilie mit dem durch Corona gestärkten Trend zum Homeoffice noch erstrebenswerter. Zudem hatte sich in den vergangenen Jahren ein Überhang an Genehmigungen gebildet, der für weit mehr als eine Jahresproduktion reicht. Allerdings müssen diese Genehmigungen auch realisiert werden.

Die Haupttriebfeder der Wohnungsbauaktivitäten in den vergangenen Jahren war das äußerst niedrige Zinsniveau. An dieser Situation wird sich auf Grund der fortdauernden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank in den kommenden Jahren nichts ändern. Die Attraktivität von Investitionen im Wohnungsbau bleibt also ungebrochen.

Bei den Fertigstellungen rechnen wir für 2020 mit einem Niveau von nahezu 300.000 Wohnungen. Im kommenden Jahr werden wir dieses hohe Niveau halten. Damit haben wir die Fertigstellungen in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt. Immerhin hat das Baugewerbe im gleichen Zeitraum seine Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen real verdoppelt und die Zahl der Beschäftigten um ein Viertel gesteigert. Zudem benötigt ein Kapazitätsausbau Vertrauen in die nachhaltige Entwicklung der Nachfrage. Nur als Reaktion auf kurzfristige Maßnahmen wie das Baukindergeld oder die Sonderabschreibung im Mietwohnungsbau, die bereits Ende 2021 wieder auslaufen, wird kein Bauunternehmer seine Kapazitäten ausweiten.

Der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe in dieser Sparte dürfte im laufenden Jahr nominal um etwa 4 % zugenommen haben, im kommenden Jahr wird das Wachstum mit 3 % nur geringfügig niedriger ausfallen. Mit einem baugewerblichen Umsatz von 52,6 Mrd. Euro wird der Wohnungsbau auch 2021 die wichtigste Bausparte bleiben.

Wirtschaftsbau

In den Jahren 2020 und 2021 wird der Bau für gewerbliche Investoren am deutlichsten unter den Folgen der Corona-Krise leiden. Hier sprechen die Vorlaufindikatoren eine deutliche Sprache. Zwar legten in den ersten drei Quartalen die Baugenehmigungen (veranschlagte Baukosten) gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch um 2,3 % zu, dies ist allerdings vor allem dem starken Wachstum im ersten Quartal geschuldet. Der zweistellige Rückgang im dritten Quartal zeigt, wohin der Trend derzeit geht. Noch deutlicher ist die Entwicklung beim Auftragseingang. In den ersten neun Monaten ist die Odertätigkeit nominal um 4,4 % zurückgegangen.

Einen deutlichen Investitionsrückgang erwarten wir sowohl im laufenden Jahr als auch 2021 im Wirtschaftshochbau. Die großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes erwarten für das laufende Jahr einen Umsatzrückgang, der bis zu 15 % erreichen soll. Noch stärker betroffen sind viele Dienstleistungsbereiche, die auf direkten Kundenkontakt angewiesen sind. Diese wurden von der Schließung im Frühjahr besonders stark in Mitleidenschaft gezogen, auch der jetzige – wenn auch abgemilderte – Lockdown wirkt belastend. Ihre Investitionsfähigkeit und -bereitschaft hat einen starken Dämpfer erlitten, der sich vermutlich vor allem im kommenden Jahr zeigen wird.

Der Wirtschaftstiefbau, der im laufenden Jahr für ein Wachstum im gesamten gewerblichen Bau sorgt, wird 2021 noch stabilisierend wirken. Dies ist vor allem auf die Investitionstätigkeit der Ver- und Entsorgungsunternehmen zurückzuführen, die ihre Baumaßnahmen hauptsächlich über Gebühren finanzieren. Auch der dringend notwendige Ausbau des Breitbandnetzes dürfte wegen der stärkeren Nutzung von Homeoffice weiter an Fahrt gewinnen.

Dies gilt auch für die Deutsche Bahn AG, den wichtigsten Auftraggeber im Wirtschaftstiefbau. Dieser stellt der Bund im laufenden Jahr mit 6,6 Mrd. Euro rund 5 % mehr Mittel zur Verfügung als im Vorjahr. Im kommenden Jahr stockt er seine Investitionszuschüsse auf mehr als 7,3 Mrd. Euro weiter auf. Zudem erhält die DB AG 2020 und 2021 insgesamt 7,125 Mrd. Euro zur Aufstockung ihrer Eigenkapitalbasis.

Der schwache Wirtschaftshochbau wird dazu führen, dass die baugewerblichen Umsätze des Bauhauptgewerbes im Wirtschaftsbau 2020 nominal nur um 1,0 % zulegen, und im kommenden Jahr um 2,0 % zurückgehen werden. Das Volumen wird 2021 bei 48,7 Mrd. Euro liegen.

Öffentlicher Bau

Im Öffentlichen Bau wird der Hochbau besser durch die Corona-Krise kommen als der Tiefbau. Dies zeigt schon der Blick auf die Baugenehmigungen, die von Januar bis September um immerhin 10 % zulegen. Auch der Auftragseingang im Öffentlichen Hochbau lag per Ende September noch im Plus, ebenso die Reichweite der Auftragsbestände. Der Straßenbau lebte bislang vor allem von einem Großauftrag im Juni. Rechnet man diesen heraus, war in den ersten drei Quartalen bereits ein deutlicher Rückgang der Ordertätigkeit zu verzeichnen.

Der Blick auf das Baujahr 2021 bereitet uns schon heute einige Sorgen. Laut dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2021 plant dieser zwar, im kommenden Jahr knapp 800 Mio. Euro bzw. 8 % mehr in die Bundesfernstraßen, die Bundeswasserstraßen und die Förderung des Radverkehrs zu investieren. Ob diese Investitionen – zumindest bei den Bundesfernstraßen – auch komplett realisiert werden, steht derzeit aber noch in Frage. Wie bekannt, kommt der Aufbau der Autobahn GmbH des Bundes seit geraumer Zeit nur stockend voran. Wir stellen uns daher heute die Frage, ob die Managementkapazitäten ausreichen werden, die vom Bund zugewiesenen Mittel auch tatsächlich zu verplanen und zu verbauen.

Die Kommunen werden ihre Ausgaben für Baumaßnahmen im laufenden Jahr nach Einschätzung des Deutschen Städtetages noch einmal um nominal 3 % steigern. Wie bereits erwähnt, ist dies vor allem auf den Ersatz der Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Länder zurückzuführen. Eine solche Regelung ist bislang für 2021 nicht vorgesehen. Nach der jüngsten Steuerschätzung sollen zwar die Steuereinnahmen der Gemeinden im kommenden Jahr wieder deutlich zulegen, das Niveau von 2019 aber noch um rund 2 Mrd. Euro unterschreiten. Zudem stellt sich die Frage, ob die Investitionszuweisungen von Bund und Ländern im bisherigen Umfang weiter gewährt werden. Wir gehen daher davon aus, dass im neuen Jahr ein heftiger Wettbewerb um kommunale Bauaufträge entbrennen wird.

Insgesamt erwarten wir für den Umsatz des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau im laufenden Jahr noch ein ansehnliches Plus von nominal 3,0 %, das sich allerdings 2021 in ein Minus von 2,0 % umkehren wird. Das Umsatzvolumen in dieser Sparte wird im nächsten Jahr voraussichtlich 29,5 Mrd. Euro erreichen.

Bauhauptgewerbe insgesamt

Alles in allem gehen wir davon aus, dass die baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe im laufenden Jahr nominal um 3,0 % zulegen werden. Bei einer erwarteten Preissteigerung von 2,5 % verbleibt damit noch ein leichtes reales Plus von 0,5 %. Für 2021 erwarten wir eine nominale Stagnation der baugewerblichen Umsätze auf dem Niveau dieses Jahres, unter Berücksichtigung der Preise ergibt sich damit ein reales Minus von 2 %.

Auf dem Arbeitsmarkt sorgen unsere Unternehmen weiterhin für Entlastung. 2020 haben wir im Jahresdurchschnitt die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe noch einmal um 10.000 auf 880.000 erhöht. Verglichen mit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 haben wir damit unsere Personalkapazitäten um immerhin ein Viertel ausgebaut.

Auch für 2021 gehen wir aus heutiger Sicht noch von einem leichten Beschäftigungsaufbau um etwa 5.000 Personen aus. Nach den vorliegenden Umfragen planen unsere Firmen, auch im kommenden Jahr die Beschäftigung leicht auszuweiten. Zudem treffen sie dadurch auch Vorsorge, da in den kommenden Jahren ein erheblicher Teil unserer Beschäftigten in den Ruhestand geht. Schließlich ist ein Viertel unserer Belegschaften 55 Jahre oder älter.

Und die Unternehmen bilden aus: 14.146 junge Menschen beginnen in diesem Herbst ihre Ausbildung in einem Bauunternehmen. Dies sind 3,4 % mehr als im Vorjahr und damit die höchste Anzahl an Auszubildenden seit über 15 Jahren. Insgesamt werden in der Bauwirtschaft derzeit 41.307 junge Menschen ausgebildet – auch das ist ein neuer Höchststand seit 2002.

Diese Zahlen zeigen auch, wie attraktiv unsere Branche geworden ist. Das hat zum einen mit der weiter fortschreitenden Digitalisierung zu tun, aber auch mit ihrer Krisenfestigkeit. Darüber hinaus bietet eine Ausbildung am Bau beste Perspektiven für eine lebenslange Karriere, die bis zum selbstständigen Unternehmertum führen kann.

Meine Damen und Herren,

Sie haben es gehört: Die Bauwirtschaft ist bisher vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen.

Wir sind auch froh und dankbar dafür, dass die Bundesregierung weiterhin die Investitionslinie Verkehr aufrechterhält und bei 18 Mrd. Euro in der mittelfristigen Finanzplanung verstetigt hat. Denn viele Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihre Kapazitäten im Vertrauen auf den Investitionshochlauf aufgebaut und können nun zuversichtlich nach vorne schauen.

Damit könnte die Autobahn GmbH im Januar durchaus mit viel Rückenwind an den Start gehen, zumal im Bundeshaushalt noch einmal 400 Mio. Euro für Planung, Betrieb und Personal der Autobahn GmbH eingestellt wurden. Und das ist auch dringend notwendig damit die vorgesehenen Investitionsmittel in voller Höhe für den Straßenbau verwendet werden können.

Denn angesichts der stark steigenden Staatsverschuldung ist davon auszugehen, dass es ab 2022 zu erheblichen Sparanstrengungen auf der Ebene aller Gebietskörperschaften kommen wird. Wir befürchten aus leidvoller Erfahrung, dass dann vor allem wieder die

Investitionen auf den Prüfstand gestellt werden. Gerade Firmen, wie z. B. unsere Straßenbauer, die nahezu ausschließlich für die öffentliche Hand arbeiten, würde dies vor große Probleme stellen und den Kapazitätsaufbau der vergangenen Jahre wieder in Frage stellen.

Daher bleiben alle drei Gebietskörperschaften aufgefordert, ihre Investitionen weiterhin mindestens beizubehalten und an der Stelle nicht zu kürzen. Ganz im Gegenteil: In der jetzigen Krise, die uns zumindest im 1. Halbjahr 2021 weiter im Griff behalten wird, muss die öffentliche Hand weiter und mehr in ihre Infrastruktur investieren.

Meine Damen und Herren,
die kommenden Jahre werden im Zeichen des Umweltschutzes, der Klimapolitik und der Nachhaltigkeit stehen – um dieses zu sagen, braucht man kein Hellseher zu sein.

Auch auf die Bauwirtschaft werden weitere Herausforderungen und Belastungen, aber auch Chancen zukommen.

Eines dürfte uns allen klar sein: Wir müssen insgesamt klimafreundlicher Leben und Arbeiten und damit auch Bauen.

Allein schon um die deutschen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir unsere Sanierungsquote annähernd verdoppeln. Zwar hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren eine anerkannte Förderkulisse aufgebaut, die aber offenkundig nicht ausreicht, damit mehr Menschen in ihre Immobilien energetisch investieren. Hier braucht es ergänzende Rahmenbedingungen, die eine energetische Sanierung lukrativ werden lassen. Gleichzeitig sind die Baustoffhersteller aufgefordert, in CO₂-neutralere Baustoffe und Herstellungsverfahren zu investieren. Wir treten für eine Offenheit gegenüber allen Baustoffen ein und wollen keine Vorfestlegung auf bestimmte Stoffe, Materialien und Verfahren. Wir sind überzeugt davon, dass es nicht nur eines intelligenten Baustoffmixes bedarf, sondern auch eines intelligenten Herstellungsmixes aus Einzelfertigung und seriellen bzw. modularen Verfahren. Denn eins ist klar: Die Klimaziele sind höchst ambitioniert. Wollen wir sie erreichen, müssen alle Potenziale genutzt werden. Die Bauwirtschaft ist entgegen der landläufigen Meinung eine innovative Branche, auch wenn das in der öffentlichen Meinung so nicht wahrgenommen wird.

Unsere Unternehmen investieren sehr viel in die Digitalisierung der Betriebe; hier sind wir allerdings noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen. Denn wir brauchen eine vollständige Digitalisierung der Bauprozesse, um effizienter bauen zu können. Damit könnten Baumaterialien zielgerichteter eingesetzt und Abfälle weitestgehend vermieden werden.

Auch die Vorfertigung von Bauteilen im Werk gehört in dieses Kapitel. Denn nicht nur ganze Häuser werden im Werk vorgefertigt, sondern auch einzelne Bauteile aus Holz, Beton oder Mauerwerk. Das spart Zeit und Geld auf der Baustelle.

Klimaschutz bedeutet aber immer auch zu bauen, auch wenn das in Teilen der Politik und der Klimaschutzbewegung nicht so gesehen wird.

Auch Radwege müssen gebaut werden, auch Elektroautos benötigen Straßen, der Umbau von Städten und Gemeinden birgt viele Baumaßnahmen in sich. Und vor allem: Nicht nur Wohnhäuser, sondern der gesamte Gebäudebestand muss klimaneutral und d. h. energetisch modernisiert werden. Das betrifft sämtliche Gebäude der öffentlichen Hand, aber auch Industrieanlagen, Lagerhallen, Bürogebäude, im Grund genommen alles, was vier Wände und ein Dach hat.

Darin liegt eine riesige Bauaufgabe, die wir annehmen und für die wir auch gut aufgestellt und bestens gerüstet sind.

Dabei dürfen wir nicht nur in städtischen Strukturen denken, sondern müssen auch die Interessen der ländlichen Räume in Betracht ziehen. Heute schon zieht es viele Menschen wieder aufs Land, weil ihnen Wohnen in der Stadt zu teuer ist. Wenn man dann nur noch ein- oder zweimal in der Woche ins Büro muss und ansonsten im Homeoffice sitzt, entfällt auch die tägliche Belastung des Pendelns, so dass die ländlichen Räume wieder an Bedeutung gewinnen. D. h. aber auch, dass gerade dort verstärkt in Infrastruktur jeglicher Art investiert werden muss.

Meine Damen und Herren,
zwei widersprüchliche Aussagen haben die Vergangenheit der Bauwirtschaft geprägt; die eine war: Deutschland ist zu Ende gebaut. Und die andere: Gebaut wird immer.

Angesichts der gerade geschilderten Aufgaben neigen wir dazu, der letzteren zuzustimmen; dieses lässt uns als Bauunternehmer auch positiv gestimmt nach vorne schauen.